

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)
– Drucksache 17/713 –

Ordnungsämter Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/713** – vom 12. August 2016 hat folgenden Wortlaut:

Die verbandsfreien Gemeinden, die Verbandsgemeinden, die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte sowie die Landkreise sollen zum Vollzug der ihrer Verwaltung als allgemeiner Ordnungsbehörde obliegenden Aufgaben im erforderlichen Umfang Vollzugsbeamte bestellen gemäß § 94 Abs. 1 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG).

Laut der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 17/63 vom 24. Juni 2016 (vgl. Drucksache 17/253) verfügen einige Kommunen über keine kommunalen Vollzugsbeamten. Das führt bei der Polizei immer öfters zu Beschwerden, da diese die originären Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Kommunen mit wahrnehmen müssen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Gibt es Anhaltspunkte, mit welcher Anzahl die Kommunen die zu bestellenden kommunalen Vollzugsbeamten im erforderlichen Umfang erfüllt haben?
2. Was hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) bisher unternommen, dass die Kommunen, die über keine Vollzugsbeamten verfügen, Vollzugsbeamte bestellen?
3. Welche Maßnahmen wird die ADD ergreifen, wenn die Kommunen keine kommunalen Vollzugsbeamten bestellen?
4. Sind auch die Landkreise verpflichtet, zum Vollzug der ihrer Verwaltung als allgemeiner Ordnungsbehörde obliegende Aufgaben im erforderlichen Umfang Vollzugsbeamte zu bestellen § 94 Abs. 1 POG? Wenn nein, warum nicht?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. September 2016 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Anzahl der zu bestellenden kommunalen Vollzugsbeamten ist in § 94 POG nicht geregelt. Als „Sollvorschrift“ sind die Kommunen verpflichtet, auf der Grundlage der wahrzunehmenden Aufgaben und entsprechend des Umfangs der anfallenden Tätigkeiten, eine ausreichende Anzahl kommunaler Vollzugsbeamten zu bestellen. Eine pauschale Festlegung ist nicht möglich; dazu sind die behördlichen Strukturen und weitere kommunale Merkmale (z. B. Bevölkerungsstruktur, Größe der Kommune) zu unterschiedlich. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, ob die Ordnungsbehörden mit den bestellten Vollzugsbediensteten ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können.

Zu Frage 2:

Der Bestellung einer ausreichenden Anzahl von kommunalen Vollzugsbediensteten durch die Ordnungsbehörden wird auch seitens der Landesordnungsbehörde eine besondere Bedeutung beigemessen. Bereits im Jahre 2005 wurde seitens der ADD mit einem einschlägigen Rundschreiben auf die Verpflichtungen der Kommunen nach § 94 POG hingewiesen. Diese Hinweise sind auch Gegenstand der regelmäßig stattfindenden Kreisordnungsbehördenbesprechungen.

Zu Frage 3:

Bisher sind keine Fälle bekannt geworden, in denen wegen fehlender kommunaler Vollzugsbediensteter die Ordnungsbehörden ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Bei Bedarf stehen der ADD die Mittel der Fachaufsicht zur Verfügung.

b. w.

Zu Frage 4:

Ja. Aus § 94 Abs. 1 POG ergibt sich auch für die Landkreise eine grundsätzliche Verpflichtung, jeweils im erforderlichen Umfang kommunale Vollzugsbedienstete für ihre ordnungsbehördlichen Aufgaben zu bestellen. Zum Teil betrauen die Kreisordnungsbehörden auch Bedienstete des zweiten oder dritten Einstiegsamtes mit fachbezogenen Vollzugstätigkeiten. Sofern bei Einsätzen mit erheblichem Widerstand oder besonderen Gefahrensituationen zu rechnen ist, wird anlassbezogen polizeiliche Vollzugshilfe in Anspruch genommen.

Roger Lewentz
Staatsminister